

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 22. September

KOLUMNE

Von der Leyens Gespensterdebatte

Ursula von der Leyen bestimmt mit ihrem Projekt „Zuschussrente“ die innenpolitische Spätsommerloch-Debatte. Sie flankiert ihr Anliegen mit einer Angstkampagne vor der drohenden Altersarmut selbst eines Durchschnittsverdieners. Alle, die weniger als 35 Jahre Vollzeit gearbeitet haben und heute 2500 Euro brutto im Monat verdienen, würden ab dem Jahr 2030 eine gesetzliche Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus von aktuell 688 Euro im Monat erhalten. Deshalb will sie niedrigere Renten auf maximal 850 Euro im Monat aufstocken.

Mit sozialpolitischem Alarmismus schlägt man schnell Wellen der Empörung, erst recht, wenn eine amtierende Bundesministerin für Arbeit und Sozialordnung mit vermeintlich objektiven Horrorzahlen jongliert. Frau von der Leyen organisiert damit gesellschaftlichen Druck für ihre Zuschussrente, die für die junge Generation teuer zu werden droht, weil sie über Beiträge oder Steuern dafür die Zeche zahlen wird.

Doch wie ist es um das gesetzliche Rentenniveau heute tatsächlich bestellt? Als im Jahr 2004 durch den Nachhaltigkeitsfaktor eine Niveauabsenkung begann, rechneten die Experten mit einer Absenkung vor Steuern von damals 51 auf 43 Prozent im Jahr 2030. Doch die Entwicklung der vergangenen Jahre stellt sich deutlich anders dar. Seit 2005 musste die Bundesregierung regelmäßig ihre Annahmen für das künftige Rentenniveau nach oben anpassen. Denn der Nachhaltigkeitsfaktor bremst nur dann die jährliche Rentenerhöhung, wenn die Zahl der Rentner schneller steigt als die Zahl der beitragspflichtigen Arbeitnehmer.

Da die Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre weit besser war als erwartet und sich die Beitragszahler stärker vermehrten als die Rentner, sorgte der Nachhaltigkeitsfaktor sogar dafür, dass die Renten stärker stiegen als die Löhne. In den Jahren 2007 und 2008 ist der Nachhaltigkeitsfaktor für jeweils 0,2 Prozentpunkte Niveauanstieg verantwortlich, im Jahr 2009 für 0,3 Prozentpunkte, im aktuellen Jahr sogar für 2,1 Prozentpunkte. Vor der letzten Bundestagswahl verschonte die Bundesregierung durch Gesetz die

Rentner vor einer Rentenkürzung. Im Jahr zuvor waren die Löhne der Beschäftigten infolge der Finanzkrise deutlich gesunken. Mit dieser Maßnahme zu Lasten der Beitragszahler stieg damals das aktuelle Rentenniveau kurzzeitig von 50,5 auf 52 Prozentpunkte.

Jahr für Jahr musste die Bundesregierung deshalb ihre Prognosen für das künftige Rentenniveau vor Steuern korrigieren. Ein Jahr nach der letzten Rentenreform – im Jahr 2005 – erwartete sie ein Niveau von 46,3 Prozentpunkten im Jahr 2019. Die bisher letzte Prognose geht bereits von 47,8 Prozentpunkten im Jahr 2019 aus. Die jüngste Entwicklung lässt einen nochmaligen deutlichen Anstieg erwarten.

Von der Leyens Alarmismus schadet der gesetzlichen Rentenversicherung

in einer Zeit, in der alle kapitalgedeckten Versorgungssysteme massive Probleme bekommen, ihre Renditeversprechungen zu erfüllen: von den Riester-Produkten bis zu den Betriebsrenten. Und sie leugnet mit einer entscheidenden Grundannahme ihrer Horrorzahlen schlicht die Folgen der Demografie. Woher bitte, Frau von der Leyen, nehmen Sie die Chuzpe, die Zahl von 35 Versicherungsjahren als Maßstab für das künftige Rentenniveau zu nehmen? Wer länger lebt, muss auch länger arbeiten, um sich im Alter halbwegs den gewohnten Lebensstandard zu sichern. Alle Produktivitätsfortschritte werden daran nichts ändern. Das war sogar zwischen Sozial- und Christdemokraten schon einmal Konsens, als sie gemeinsam die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschlossen.

Statt teure Rentenzuschuss-Illusionen bei Langzeitbeschäftigten zu nähren, sollte die Bundesarbeitsministerin lieber auf die alarmierenden Armutsrisiken hinweisen, die in unserer Gesellschaft herrschen: Kinder- und Jugendarmut vor allem bei allein Erzogenen, ein erschreckend niedriges Bildungsniveau und die verbreitetste Armutsfalle schlechthin namens Migrationshintergrund. Hier ist gesellschaftliche Prophylaxe gefordert: durch erstklassige Kitas und ein Bildungssystem, das nicht nach der sozialen Herkunft selektiert, sondern die Lern- und Wissbegier jedes Kindes fördert.

